
ROTE MARKIERUNGEN '80

Rezension von Heinz Fischer (Hrsg.),
Rote Markierungen '80,
Wien-München-Zürich 1980,
Europaverlag

Es war einmal leicht, Sozialist zu sein, stellte anlässlich einer Diskussion um das neue SP-Programm der amerikanischen Sozialwissenschaftler Heilbroner fest. Mit dem Bekenntnis zur Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, dem Zugehörigfühlen zu einer homogenen Arbeiterklasse und einer Priorität für kollektive Strukturen, die auch ein stärkeres wirtschaftliches Wachstum ermöglichen sollten, waren hinreichende Wesenszüge angeführt, die den sozialistischen Charakter einer Bewegung oder einer Person ausmachten.

Heutzutage ist die Frage, was Sozialismus und/oder Sozialdemokratie ist, was eigentliches Ziel (und Mittel) des Strebens darstellt, sicherlich schwieriger zu umreißen. Keines dieser angeführten Merkmale kann unbefragt übernommen werden: Wirtschaftliches Wachstum scheint teils nicht (mehr) wünschbar, teils unmöglich zu sein, die Arbeiterklasse hat sich objektiv und subjektiv diversifiziert, die Vergesellschaftung von Produktionsmitteleigentum ist selbst als notwendige Voraussetzung fragwürdig geworden – die zahlreichen Debatten um die Grenzen von Planung und um die Rolle von Entscheidungen an Stelle von Eigentum geben davon beredtes Beispiel.

Umso bedeutsamer ist der Versuch von sechzehn Autoren zu werten, Standortbestimmung und Markierung für künftige Entwicklungen einer (österreichischen) Sozialdemokratie

zu erarbeiten. Auf der Suche nach dem, was heutzutage Sozialdemokratie ist und will, welche inhaltlichen Positionen einen Sozialisten ausmachen, begegnen einem naturgemäß vielfältige Antworten.

Eine naheliegende, auch im politischen Alltag oft gehörte Beschreibung taucht als erste auf: Sozialismus ist das, was in den letzten Jahren einer sozialistischen Alleinregierung erreicht wurde. Ein solcher „Jubelsozialismus“ kann bekanntermaßen auf einige Erfolge verweisen: große Fortschritte in bezug auf die Entwicklung der Wirtschaft und die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung, Anstrengungen im Kampf gegen die Armut, Verwirklichung einer großen Anzahl wichtiger Reformen, die Österreich insgesamt liberaler, offener und pluralistischer gemacht haben, Vollbeschäftigung nicht nur als deklarierte, sondern vergleichsweise optimal realisierte Zielsetzung, das „Neben-“ und „Miteinander“ einer Wirtschaftsverfassung, die den Kapitalismus bereits hinter sich gelassen hat – kurz: Sozialismus = der österreichische Weg. Daß dessen Fortführung in den achtziger Jahren schwieriger denn je wird, dämpft zugestandenermaßen diesen Jubel, der ohnehin mit Ländern ähnlicher Größe und mit oft anders ausgerichteten Regierungen geteilt werden muß.

Eine andere Möglichkeit, eine möglichst große Zustimmung für das zu bekommen, was Sozialismus sein kann und sein soll, wird mehrfach wahrgenommen: Sozialismus als humane Übereinkunft all derer, die für mehr Gerechtigkeit, Brüderlichkeit, Freiheit (plus Befreiung), Gleichheit sind, für die Selbstverwirklichung des Menschen, für die Abschaffung von Unterdrückung, für eine menschengerechte Wirtschaft. Dies erinnert etwas an den Lieblingsspruch des Grafen Leinsdorf: „Wir alle sind ja im Innersten Sozialisten.“ All die, die für die Realisierung solcher Grundwerte gesellschaftliche Wandlungen für not-

wendig halten, werden dann gern als Advokaten eines breit angelegten Sozialismus vereinnahmt. Der Zitatenschatz beispielsweise, der aufgewendet wird, um gewisse gemeinsame Interessen von Christen und Sozialisten aufzuzeigen, ist derartig beeindruckend, daß der „österreichische Weg“ als legitime Fortsetzung der Ansätze des Urchristentums erscheint, als säkularisierte Verwirklichung der Bergpredigt, so daß engagierte Christen dem lieben Gott danken müßten, daß er als weltliches Mittel zur Erlangung jenseitigen Heils die Sozialdemokratie erschaffen hat. Die Vereinnahmungstendenzen gehen aber über den religiösen Bereich hinaus: So wird die Überlebensformel für die Zukunft schlicht und einfach als humanistischer Sozialismus bezeichnet, Gefühl zum sozialistischen Grundwert erklärt. Nun ist es zwar durchaus wahrscheinlich, daß eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Leuten nicht für alle der zitierten Grundwerte eintritt, es wäre aber zu einfach, Sozialismus auf einen Grundwertkatalog zu reduzieren, wobei dann von einer genaueren analytischen Erarbeitung der Widersprüche, die deren Realisierung entgegenstehen, gern die Dispens erteilt wird (nach dem Motto: verschieden die Wege, gemeinsam das Ziel) – das tut weder dem Sozialismus noch den Grundwerten gut.

Nun entbehren sowohl ein „Jubelsozialismus“ als auch gewisse „Vereinnahmungstendenzen“ nicht einer gewissen Berechtigung. Auch wenn Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit keine genuin sozialistischen Werte sind, so ist ihre breite Anerkennung nicht trennbar von dem mehr als hundertjährigen Prozeß des ständigen Versuches und Kampfes der Sozialdemokratie, sie politisch durchzusetzen. Auch wenn es nicht immer sozialdemokratische Regierungen sind, die Vollbeschäftigung, Wohlstand, eine möglichst breite Partizipation sichern, so ist die Übereinstimmung betreffend der Ziele und der

einzusetzenden Mittel in Annäherung an sozialdemokratische Vorstellungen erfolgt. Das, was ein „sozialdemokratischer Konsens“ hervorgebracht hat – Vollbeschäftigung, Wohlstand, Mitwirkungsrechte – ist, rückwirkend betrachtet, Grund genug zum Jubeln.

Ob diese Gründe auch in Zukunft weiterbestehen werden, ist bekanntermaßen fraglich. Und hier setzen die differenzierten Versuche an, Sozialismus zu orten, Grundwerte weiterhin zu realisieren. Da ist zunächst einmal die vielen Beiträgen zugrundeliegende Problematik, die Sache der Gleichheit weiterzuführen – der Kampf um Gleichheit als eine für den weiteren qualitativen Fortschritt einer sozialistischen Politik unentbehrlichen Perspektive. Das Streben nach mehr Gleichheit als harten Kern des Sozialismus ist zweifelsohne schwieriger geworden: unter welchen Konzeptionen ist Gleichheit zu sehen, hat die Abschaffung von Massenarmut das Streben nach Gleichheit nicht relativiert, dürfen Bedürfnisse bei einer differenzierten Konsumstruktur noch den generell gleichen Anspruch auf Befriedigung erheben, entsteht durch das Problem der „Positionsgüter“ nicht ein unauflösbares Dilemma für die Gleichheitspolitik? Trotz des Eingeständnisses des dezisionistischen Charakters der Kriterien zur Messung und Durchsetzung von Gleichheit (ein Vorwurf, der zumindest in gleichem Maß für den Status quo als Legitimation für Ungleichheit gilt) gelingt es, Maßstäbe und Handlungsanleitungen zu geben: Gleichheit als Chancengleichheit mit wesentlichen Errungenschaften auf dem Gebiet der Bildungspolitik, geringeren Einflußmöglichkeiten in der Vermögenspolitik; Gleichheit als Leistungsgerechtigkeit, die selbst bei Akzeptieren der „marktwirtschaftlichen Logik“ noch ein erhebliches Maß an größerer Egalität zuläßt; die tendenziell wachsende Bedeutung der Transfereinkommen als Instrument der Umverteilung nach dem Bedürfnisprinzip im Sinne einer

stärkeren Betonung von Subjekt- statt Objektförderung. Daß eine größere ökonomische Gleichheit auch im Sinne einer Systemfunktionalität nicht nur tragbar, sondern sogar wünschenswert und notwendig sein kann, zeigt besonders die Rolle der funktionellen Verteilung des Volkseinkommens im Rahmen der Beschäftigungspolitik bei niedrigeren Wachstumsraten; ebenso wie geringes Wachstum umso größere Desintegrationsprozesse auslöst, je stärker weitere Dimensionen von Ungleichheit (sozial, kulturell, politisch) nicht abgebaut werden.

Die Gleichheitsproblematik wird wohlthuend emotionslos und glaubwürdig behandelt. Offen bleibt allerdings die Frage, wieweit Gleichheit Ziel in sich selbst oder Mittel zur Entfaltung ist; man wird eher letzteres annehmen können. Unter gegebenen Verhältnissen müßte dann die Frage erlaubt sein, wo Gleichheitspolitik Entfaltungsmöglichkeiten beeinträchtigt. Die Frage zielt andeutungsweise in die Richtung des Gegensatzes von gesellschaftlicher Statik und Dynamik. Der Hinweis, daß das Paradoxon der nicht vermehrbaren „Positionsgüter“ nicht Argument gegen, sondern für mehr Gleichheit ist, ist wichtig. Der Prozeß der Gleichheit kann aber einen Punkt erreichen, wo alle, weil sie gleiche Einflußmöglichkeiten besitzen, nichts mehr beeinflussen, wo niemand mehr, weil nicht nur gleiche Chancen gewährt, sondern auch realisiert wurden, Unterscheidungskriterien aufweist und so seine Chance wahrnehmen kann. Daß wir von diesem Punkt noch weit entfernt sind, rechtfertigt die konzentrierte Argumentation für eine Gleichheitspolitik – es sollte trotzdem nicht unbeachtet bleiben, daß eine asymptotische Annäherung an das formale Ziel von Gleichheit die Inhalte zum Problem werden lassen kann. Die oftmalige Versicherung, daß Freiheit und Gleichheit einander bedingen, kann die Entwicklungslogik nicht ganz auf-

heben. In einem anderen Zusammenhang wird die Problematik einer in die Ferne projizierten (machtmäßigen) Gleichheit aufgegriffen, wenn davor gewarnt wird, die Tendenz zur Demokratisierung nicht unbedingt zu verlängern, in dem Sinne, daß sie zu einer Abdankung der Repräsentativdemokratie oder zur Infragestellung des Repräsentationsprinzips führt; allgemeiner: daß an sich gute Substanzen eine bekömmliche Dosierung verlangen.

Versucht man herauszufinden, wie weit die Eigenschaft „sozialistisch“ durch die Zugehörigkeit zu einer Klasse umrissen wird, erhält man ebenfalls eher undogmatische Antworten (vorausgesetzt, man ist bereit zuzugeben, daß es auch in Österreich so etwas wie Klassen gibt). Daß Widersprüche, Gegensätze und Unterschiede nicht allein dichotomisch gedeutet werden können, Ungleichheit also nicht nur dadurch produziert wird, daß auf der einen Seite die proletarischen Ausgebeuteten (und damit Sozialisten), auf der anderen Seite die kapitalistischen Unterdrückten (und damit Konservativen) stehen, ist ein alter Hut. Es wird erinnert, daß bereits Karl Kautsky anführte, daß die Arbeiterbewegung für sich allein den sozialdemokratischen Gedanken nicht erzeugen kann. Daß der Hut einer aus einer einheitlichen Arbeiterklasse bestehenden Partei nicht erst seit heute alt ist, ändert nichts an der Tatsache, daß es umso schwieriger ist, die grundlegenden Prozesse, die Klassen und Ungleichheit schaffen, zu untersuchen. Daß es trotz eines gigantischen Vereinheitlichungsprozesses, den eine gewalttätige Vernichtung von Geschichte hervorruft, sehr unterschiedliche Lebenschancen und gesellschaftliche Situationen geben kann, wird überzeugend nachgewiesen. Daß ein Klassenbegriff damit nicht obsolet geworden ist, zeigen die Abgrenzungskriterien der Entscheidungsbefugnisse (Unternehmer, Topmanager einerseits, alle übrigen andererseits), der Ebene der materiellen Reproduktion und einer weitge-

faßten „Kultur“ (manuelle Arbeiter, Klein-, Mittelbauern gegenüber Angeestellten, Beamten, kleine Selbständige) und des Verhältnisses zur eigenen Arbeit (Arbeiter, Angestellte, Beamte, contra kleine Selbständige, Klein-, Mittelbauern) auf. Gleichwohl, ob mit dieser fortschreitenden Differenzierung ein grundsätzlicher Klassenantagonismus noch aufrechterhalten wird oder nicht, wird damit der Anspruch einer einheitlichen Klassenpartei auch für die Zukunft aufgegeben; weder der alte noch weitere neue Interessensgegensätze konstituieren von sich aus Parteien (schon gar keine revolutionären). Damit wird auch konsequenterweise sowohl der eine Weg zum Sozialismus als auch der Weg zum einen Sozialismus aufgegeben. Bleibt die Hoffnung, daß trotz der vielen Wege und der vielen Sozialismen das Ziel nicht verfehlt wird.

Die Aufbrechung des einheitlichen Klassengegensatzes in zahlreiche andere Widersprüche verändert auch die Haltung zum Staat – sowohl hinsichtlich der Tatsache, daß er nicht mehr als das Instrument einer herrschenden Klasse angesehen wird (eine Vorstellung, die gerade in Österreich schon länger aufgegeben wurde), als auch hinsichtlich der Rolle, die ihm im Prozeß einer gesellschaftlichen Veränderung beigemessen wird. Viele Hinweise und Aspekte machen dies deutlich: die Relativierung der Staatsquote; der Hinweis, daß die wachsende Macht des Staates nur Teilaspekt der Vergrößerung gesellschaftlicher und individueller Macht sei; daß nicht der Staat als alleiniger Träger einer Gleichheitspolitik anzusehen sei; daß (auch in weiterer Hinsicht) die Entlastung von der persönlichen Verantwortung der einzelnen Person nicht zu weit zu treiben sei; daß der Staat (und Politik im weitern) überfordert wäre, müßte er sich die Lebensqualität des einzelnen zur Sorge machen. Daß deswegen der Staat und die Öffentlichkeit im Politischen nicht abdanken sollen, belegt die Aussage, daß nur Reiche sich ei-

nen armen Staat leisten können; ohne Sozialstaat ist die Sicherheit der existentiellen Basisversorgung nicht gegeben.

Sozialdemokratische Politik wird in Zukunft nicht leichter werden. Und das nicht nur, weil die materielle Wertschöpfung nicht in gleichem Ausmaß weiterwachsen wird und sich damit die Wertschätzung verringern könnte. Die Vergrößerung der Sozialistischen Partei zu einer mehrheitsfähigen Volkspartei brachte nicht nur eine Verschärfung des Problems mit sich, die Attraktivität für eine größere Anzahl von Wählern aufrechtzuerhalten (mehr Interessen müssen koordiniert und befriedigt werden); breiter gemacht hat sich auch das Spektrum der Parteizugehörigen und -führer – die (relative) Einigkeit der Grundhaltung der „Roten Markierungen“ ist nicht die der „Roten“. Eine weitere Schwierigkeit belegt das einem der Beiträge vorangestellte Zitat aus „Alice im Wunderland“: Man muß sehr schnell laufen, um auch nur auf der gleichen Stelle zu bleiben. Kein Wunder, daß man auch im Wunderland Österreich hin wieder mit Atembeschwerden zu kämpfen hat (auch dann, wenn es nicht um genuin sozialistische Anliegen geht).

Ein grober Vergleich der „Roten Markierungen“ mit dem etwas früher erschienenen Sammelband „Zur geistigen Situation der Zeit“, der die bundesrepublikanische Szene auch unter den Prämissen Standortbestimmung und Entwicklungen betrachtet, läßt letzteren ratloser, verzweifelter, resignativer, auch hoffnungsloser (womit das alte Wortspiel mit „hoffnungslos“ und „ernst“ ausgeschlossen wird) erscheinen. Das hat sicherlich mit den unterschiedlichen Gegebenheiten zu tun; vielleicht auch damit, daß österreichische Sozialisten der jetzigen Generation nie ganz so „links“ und nie ganz so „theoretisch“ waren und sich dabei die Fähigkeit, in einem gewissen Ausmaß auch „Macher“ zu bleiben, erhalten haben (wenn man schon

theoretische Stringenz und politische Handlungsfähigkeit als Null-Summen-Spiel ansieht, was ja ein bißchen gegen den Anspruch geht).

Dem Anspruch, theoretische Reflexion praktischer Probleme zu liefern, werden die „Roten Markierungen“ jedenfalls gerecht. In einer Zeit, in der sehr viel von einer nie genau definierten neuen Werthaltung und individueller Selbstverwirklichung im Grünen geredet wird, ist es wichtig, den überindividuellen und gemeinschaftlichen Charakter von Politik zu betonen und die strukturellen und internationalen Gegebenheiten zu reflektieren. Die meisten Beiträge zeichnen sich auch

durch eine gesunde Skepsis und Eigenkritik aus (die durch eine Reihe objektiver Bedingungen sicherlich gefördert wurde). Die Frage, ob die skizzierten Standorte und Markierungen unbedingt sozialistisch zu nennen sind, bleibt im Raume stehen. Sie bleibt allerdings dann von geringer praktischer Relevanz, solange es mehrere Wege zur Zielerreichung gibt. Und Wege kreuzen sich ja nicht nur, sondern münden hin und wieder ineinander. Die Farbe der Markierungen ist dann eher ein ästhetisches Problem.

Michael Steiner